

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXIV.157

Bonn, den 20. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Die Hypothek des Herrn Lücke ----- Falsche Wohnungsbaupolitik auf der Grundlage falscher Zahlen	46
2 - 3	Durchsichtige Stimmungsmache ----- Zur Diskussion um den Sexual-Atlas	70
4	Alles versäumt und nichts getan ----- Schleswig-Holstein steht vor einer Unterrichts-katastrophe	53
5 - 6	Das Ruhrgebiet will sich von falschem Pathos befreien ----- "Kumpel Anton" und "Herr Tegmeier" haben hierfür schon gute Vorarbeit geleistet	74

Die Hypothek des Herrn Lücke

Falsche Wohnungsbaupolitik auf der Grundlage falscher Zahlen

sp - Erinnern wir uns: Als der spätere glücklose Bundesinnenminister und frühere ebenso glücklose Bundeswohnungsminister Paul Lücke (CDU), die Ära der Weißen und Schwarzen Kreise verkündete, wehrte er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Feststellung unzähliger Sachverständiger, das Wohnungsproblem in der Bundesrepublik sei noch lange nicht gelöst und noch viele Jahre werde man den sozialen Wohnungsbau tatkräftig fördern müssen. Herr Lücke meinte, die Wohnungsnachfrage werde nachlassen und es werde nach Freigabe der Mietpreise in den Weißen Kreisen bald "das natürliche Gesetz von Angebot und Nachfrage" zum Tragen kommen. Herr Lücke ging seinerzeit von der Überlegung aus, daß aufgrund statistischer Erhebungen der Wohnungsbedarf "weitgehend gedeckt" sei und daß man infolge dessen die "Wohnungszwangswirtschaft" radikal abschaffen könne.

Schon damals wurde die Richtigkeit der statistischen Angaben bezweifelt. Viele Städte kämpften verzweifelt darum, als Schwarze Kreise anerkannt zu werden, um wenigstens für eine gewisse Zeit die Möglichkeit zu haben, dem Wucher mit Mietpreisen entgegenzuwirken.

Jetzt hat keine neue Berechnung des Wohnungsbedarfs in der Bundesrepublik ergeben, daß selbst bei vorsichtigster Interpretation der Zählergebnisse noch mehrere hunderttausend Wohnungen weniger zur Verfügung stehen als nach den ursprünglichen Planungen des früheren Wohnungsbauministers Lücke errechnet worden war. Was jeder Praktiker schon seit langem wußte, ist jetzt durch neue Ermittlungen bestätigt worden: Mehr als drei Prozent der Mieter leben noch in schlechten Wohnverhältnissen und mehr als zwei Prozent der Familien wohnen heute noch in Untermiete.

Es ist verständlich, daß Herr Lücke sich jetzt gegen die neuerdings getroffenen Feststellungen wehrt und seine früheren Berechnungen verteidigt. Viel wird ihm das nicht nützen, denn auch in den von CDU-Bürgermeistern geleiteten Städten weiß man nur zu gut, wo den Wohnungssuchenden Bürger der Schuh drückt.

Hinzu kommt noch folgendes: In den vergangenen Jahren, in denen man auf der Grundlage des Lücke-Plans Wohnungsbau- und Mietpreispolitik machen mußte, sind bei fast bleibenden Löhnen und Gehältern die Mietpreise in den Weißen Kreisen erheblich gestiegen. Bei vielen Wohnungssuchenden machte sich die Tendenz bemerkbar, den Umzug in Neubauwohnungen möglichst zu vermeiden. Da das von den Sozialdemokraten im Bundestag geforderte Raumordnungsgesetz von der CDU/CSU zu Fall gebracht wurde, mit dessen Hilfe die Spekulation mit den Bodenpreisen eingedämmt werden sollte, steht man jetzt vor der Aufgabe, das gesamte Problem unseres Wohnungsbaus neu aufzurollern.

Bundeswohnungsminister Lauritzen (SPD) hat hierfür zwar schon gute Vorarbeit geleistet, aber Herr Lücke und seine politischen Freunde haben uns eine Hypothek überlassen, die nicht so leicht abzutragen sein wird.

Durchsichtige Stimmungsmache

Zur Diskussion um den Sexual-Atlas

sp - Der Fachausschuß für Frauenfragen beim Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg hat sich eingehend mit der Problematik der sexualpädagogischen Erziehung befaßt. Er sah sich dazu veranlaßt durch die jüngsten Auseinandersetzungen über den von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung herausgegebenen Sexualkunde-Atlas. Nachdem das Erscheinen dieses Atlas auf breiter Front zunächst als ein mutiger, endlich neue Wege öffnender Schritt begrüßt worden war, ist in letzter Zeit zunehmend gegen ihn polemisiert worden. Auffallend ist dabei die Aktivität von CDU/CSU-Gremien und CDU/CSU-Politikern, so daß zu befürchten ist, daß das Problem der Sexualerziehung in sachlich unangemessener Weise in Wahlkampfnähe gerückt wird. Die Stimmungsmache gegen den Sexualkunde-Atlas soll nicht nur die erfolgreiche Arbeit des Bundesgesundheitsministers, Frau Käthe Strobel, SPD, treffen, sie richtet sich mehr noch gegen alle Bemühungen, eine sachlich fundierte Sexualaufklärung im öffentlichen Schulwesen der Bundesrepublik einzuführen.

Im Interesse einer sachlichen Behandlung der Problematik hat der Fachausschuß für Frauenfragen Prof. Dr. Martin I r l e , Professor für Sozialpsychologie an der Universität Mannheim, um eine gutachterliche Stellungnahme gebeten. Prof. Irle kam zu folgender Bewertung:

- * 1. Es handelt sich um einen Atlas, um ein didaktisches Instrument, das Anschauungsmaterial bzw. visuelle Informationen mit spärlichen, notwendigsten verbalen Ergänzungen zum Selbst- und/oder Fremdunterricht bietet.
- * 2. Wie der Untertitel ausdrückt, enthält er nicht jegliche sexualkundliche, sondern speziell "biologische Informationen zur Sexualität des Menschen".
- * 3. Das Werk deckt nicht die ganze Sexualerziehung ab, sondern befaßt sich nur mit einem Teil der Sexualerziehung. Es erhebt nicht den Anspruch, daß die Sexualität und das Sexualverhalten ausschließlich biologisch verstanden werden können.
- * 4. Das Werk beschränkt sich strikt auf eine wissenschaftlich fundierte Faktenvermittlung.
- * 5. Das Werk kann als didaktische Hilfe den schulischen Erziehern und Eltern dienen; an sie, aber nicht unmittelbar an Jugendliche und Kinder ist es gerichtet.

- * 6 Den Erziehern, ob Eltern oder Lehrern, wird die Entscheidung überlassen, die Bildungsziele anhand ethischer und moralischer Bezugssysteme zu bestimmen. Diese Informationen biologischer Fakten sind offen, um sie als Mittel zur Erreichung dieses oder jenes Bildungszieles einbeziehen zu können.
- * 7. Durch eine ausschließliche Faktenvermittlung wird jegliche Vorauswertung vermieden. Es wird nicht als Aufgabe des Herausgebers angesehen, durch Werturteile diese oder jene Variation der Sexualität als richtig zu indoktrinieren.

Die Aufgabe, die der Herausgeber für den Atlas gestellt hat, ist völlig akzeptabel. Auf diese Weise wird vermieden, daß die Erzieher, ob Lehrer oder Eltern, dem Zwang ausgesetzt werden, gegen ihre eigenen ethischen und moralischen Bindungen, Kinder und Jugendliche über Formen der partnerschaftlichen Liebesbeziehungen unterrichten zu müssen, die sie nicht selbst akzeptieren können. Da solche Wertnormen in unserer Gesellschaft nicht einheitlich sind, dürfte ein solches Werk auch nicht die biologischen Fakten in ein einziges moralisches Wertesystem integrieren. Diese Aufgabe ist also, bezogen auf eine pluralistische Gesellschaft, sachgemäß gestellt worden.

Sie ist auch, abgesehen von wenigen Details, optimal erfüllt worden. Ergänzungen in psychologischer, soziologischer, juristischer und kulturanthropologischer Hinsicht in Form weiterer sexualkundliche Werke als didaktische Hilfe für Lehrer und Eltern sollten nach Erfahrungen mit diesem Atlas selbstverständlich folgen. Sie werden schwerer als dieser Atlas zu verfassen sein, wenn man erreichen will, daß sie von Erziehern benutzbar sind, die von unterschiedlichen weltanschaulichen Standpunkten ausgehen. Man muß solche Hilfsmittel fordern, wenn man akzeptiert, daß eine volle Transparenz der Alternativen der Liebesbeziehungen dem Jugendlichen die beste Chance gibt, sich besonders intensiv mit einer oder wenigen Alternativen identifizieren zu können, weil ihm geholfen wurde, nach Abwägung aller Alternativen frei zu wählen. Das ist möglich, wenn die eigenen Werthaltungen der Erzieher so stark sind, daß sie sich bei Einsichtigen in der Entscheidungsfindung durchsetzen werden.

Alles versäumt und nichts getan

Schleswig-Holstein steht vor einer Unterrichtskatastrophe

sp - In Schleswig-Holstein steht eine Unterrichtskatastrophe zunächst bei den Gymnasien vor der Tür. Die Lehrerkollegien von Oberschulen in Husum, Itzehoe, Neumünster, Glückstadt und Kaltenkirchen haben den Unterrichtsbetrieb am Sonnabend eingestellt. Weil Gymnasiallehrer fehlen, wurde die Stundenzahl drastisch verkürzt. Die Einführung der Fünftagewoche an diesen Gymnasien ist nicht etwa ein Schulversuch. Dazu hat Schleswig-Holstein sich immer noch nicht entschließen können.

Das Kieler Kultusministerium hat unumwunden zugegeben, an den Schulen des Landes bestehe "ein nicht unerheblicher Lehrermangel". Ursache sei die schnell steigende Schülerzahl. Jetzt soll auch intensiv für den Beruf des Gymnasiallehrers geworben werden.

Das Ganze kann nur mit Bestürzung zur Kenntnis genommen werden. Vor einigen Jahren bereits hat das Statistische Landesamt in Kiel in einwandfreien Zahlenreihen darauf hingewiesen, daß eine Schülerlawine auf das nördliche Bundesland zukommt. Die sozialdemokratische Opposition im Landtag hat die Regierung seit Jahren gedrängt. Das CDU/FDP-Koalitionskabinet unter Ministerpräsident Dr. Helmut Lemke (CDU) hat notwendige Maßnahmen unterlassen. Es hat vorübergehend sogar Volksschullehrer im Angestelltenverhältnis nach Hause geschickt (!).

Vor fünf Jahren etwa, als die Lawine der Schüler erkennbar wurde, hätte man durch Sofortmaßnahmen die Kapazität der Pädagogischen Hochschulen erweitern, notfalls eine neue bauen und den Beruf der Realachullehrers und des Philologen attraktiver machen können. Zusatzkurse für den Aufstieg der Lehrer ins Gymnasium wären vorzuziehen gewesen und ein stärkeres Heranziehen von Frauen, die bereits einmal im Lehrberuf standen. Es ist aber alles versäumt und nichts getan worden. Die Koalition in Kiel dachte nicht annähernd daran, den Forderungen der SPD-Opposition zu entsprechen.

Jetzt wird Schleswig-Holstein unachtsichtig in eine Schulkatastrophe gestoßen werden. Die neueste Statistik des Kultusministeriums sagt es aus: Die Zahl der Schüler wird bis in den Zeitraum von 1978 und 1982 zum Teil um über 50 Prozent des jetzigen Standes zunehmen. Da schon heute viel zu wenig Lehrer vorhanden sind, wird man beispielsweise die Zahl der Lehrer an den Sonderschulen bis 1975 verdoppeln und an den Gymnasien bis dahin um 50 Prozent vermehren müssen. Bei den anderen Schularten liegt man ein wenig darunter.

Es ist gar kein Zweifel: Im ordentlichen Ausbildungsgang sind diese Lehrer im nördlichen Bundesland nicht annähernd mehr zu beschaffen. Erst jetzt ist das Kultusministerium mit einer Schätzung des Finanzmehrbedarfs zunächst nur für die zusätzlichen Lehrkräfte herausgekommen. Für die Sonderschulen wird er vom nächsten Jahr bis 1975 von vier auf über 29 Millionen steigen. Bei den staatlichen Gymnasien von einer Million auf 33,7 Millionen DM.

Noch immer liegt der langfristige Schulbauplan nicht vor. Es ist aber schon klar, Hunderte von Millionen Mark müssen in weitere Schulen gesteckt werden. Es unterliegt gar keinem Zweifel: Die Regierung wird sich jetzt endlich bereitfinden müssen, Prioritäten im Landesetat zu schaffen, um nicht zur letzten Bildungsprovinz in der Bundesrepublik zu werden. Unter Kultusminister Osterloh lag Schleswig-Holstein einst ziemlich vorn. Dann ging es unter dem abgelösten Kultusminister Claus-Joachim von Hoydobreck (CDU) stark abwärts. Der am 1. Mai ins Amt gekommene Kultusminister und ehemalige Pastor Kannemann hat aus Gesundheitsgründen seitdem nur einige kurze Wochen amtiert.

Das Ruhrgebiet will sich von falschem Pathos befreien

"Kumpel Anton" und "Herr Tegtmeier"

haben hierfür schon gute Vorarbeit geleistet.

kr. - Mit den "tölpelhaften Späßen des Herrn Tegtmeier und dem kaschubigen Geschwätz des Kumpel Anton werde das Ansehen des Ruhrgebiets trotz hoher Qualität solcher Glossen und 'Dönekas' zu Tode geritten", so behauptete jüngst der "Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk" und ritt gegen Jürgen von Manger, vom Fernsehen her nur als "Herr Tegtmeier" bekannt, nebst jenem Glossisten einer großen westdeutschen Zeitung, dem "Kumpel Anton", zu Felde.

"Folgerichtig" meinte der Verband, das Revier zwischen Ruhr und Lippe müßte nach außen beweisen, daß es keine "intellektuelle Kahl-schlaglandschaft" sei. Denn nur so könne der Kritik, daß in dem "industriellen Herzstück Deutschlands" malocht, aber nicht gearbeitet werde, wirksam begegnet werden.

In der Tat: Immer wurde der "Kohlenbott", das größte zusammenhängende Industriegebiet der Bundesrepublik, abgewertet. Klischeehaft wird das Ruhrgebiet oft mit einem brodelndem Hexenkessel verglichen, in dem ca. 5,6 Millionen Menschen, also etwa ein Drittel aller 16,8 Millionen Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen, auf rd. 4 600 qkm leben und ... arbeiten.

Auf nur drei Prozent der gesamten EWG-Bodenfläche leben in NRW neun Prozent der gesamten EWG-Bevölkerung und auf etwa drei Prozent des gesamten Bundesgebiets ca. zehn Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik im Ruhrgebiet. Auf einen Quadratkilometer kommen im Ruhrgebiet 1 227 Einwohner. Im Kerngebiet sind es sogar 2 900 gegenüber 495 in Nordrhein-Westfalen und 240 Einwohner auf einen Quadratkilometer im Bundesgebiet.

"Das Ergebnis der Abwanderungsuntersuchungen ist alarmierend", so urteilte Arbeits- und Sozialminister Werner Figgens (SPD) in Düsseldorf. "Es hat sich dabei eindeutig herausgestellt, daß schlechte Umweltbedingungen die Abwanderung aus dem Ruhrgebiet begünstigen und die Zuwanderung erschweren."

Diese Untersuchungen fanden vor zwei Jahren statt, und seitdem hat sich in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Ruhrgebiet manches verändert. "Die Landesregierung hat die Verbesserung der Umweltbedingungen zum Gegenstand des Entwicklungsprogramms Ruhr von 1968-73 gemacht", erinnerte Landesminister Figgens. Zehntausende neuer Arbeitsplätze konnten geschaffen werden. Das "Entwicklungsprogramm Ruhr" enthält, so unterstrich der zuständige Ressortminister in Düsseldorf wei-

ter, "Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, zum Ausbau regionaler Erholungseinrichtungen, zur Wochenend- und Tageserholung im inneren Revier und zur Pflege der Stadtlandschaft".

Der "Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk" will, so erklärte er jüngst, "den historischen Einmaligkeitscharakter des Gebiets durch die Einmaligkeit der progressivsten deutschen Region ablösen". Der Verband will deutlicher auf die Faszination dieser einmaligen Industrielandschaft hinweisen und gemeinsam mit Kommunen fünf Revier-Freizeitparks in einer Größenordnung von jeweils 250 000 - 300 000 Quadratmetern schaffen. Die Planung dieser Parks wird einmalig in Deutschland sein: Jeder Park erhält ein Freizeithaus und ein großes Wellenbad mit allen Nebenanlagen, doch in jedem Freizeitgebiet soll auch individuell eine besondere Einrichtung, z.B. in dem einen Park eine Eissporthalle, in dem anderen ein Reitzentrum, geschaffen werden. Um jede Fehlplanung von vornherein auszumerzen, wird der Verband 9 000 Bürger des Reviers vorher befragen, was sie in ihrer Freizeit tun. Jeder der fünf Revierparks wird etwa zehn Millionen DM kosten.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung und der "Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk" haben ein gemeinsames Ziel: Das Ruhrgebiet soll attraktiver werden und den hier lebenden Menschen alle Möglichkeiten der Freizeitgestaltung eröffnen. Eine lobenswerte Konzeption, ein lohnenswertes Ziel, das zum Schulbeispiel im europäischen Maßstab für alle polyzentrischen Räume werden dürfte.

Nur fragt man sich indes, ob nicht hierbei gerade jener "Herr Tegemeier" und der "Kumpel Anton" oder die zahlreichen anderen mit Pseudonym glossierenden Journalisten, Schriftsteller oder Vortragskünstler im Revier ihr gerüttelt Maß schon beigetragen haben, um das Image des "industriellen Herzstück" Deutschlands aufzuheilen.

Was sie taten? - Nun, nicht mehr und nicht weniger, als daß sie meistens in der eigenartigen Sprache des "Kohlenpotts" die Originalitäten der Menschen und ihrer Landschaft schilderten. Damit taten sie zugleich allen im weiten Lande, die nicht zwischen Ruhr, Emscher und Lippe leben, kund, daß das Ruhrgebiet eben nicht mehr klischeeartig illustriert und als uniforme Industrielandschaft mit Dunstglocken darüber dargestellt werden sollte.

In puncto "Tegemeier" und "Kumpel Anton" sollte sich der "Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk" korrigieren.